

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 1 (1887)

68 (7.12.1887)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-359062](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-359062)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
 pränumerando frei ins Haus:
 vierteljährlich . . . 1 Mk. 50 Pf.
 für 2 Monate . . . 1 " "
 für 1 Monat . . . " "
 ercl. Postbestellgeld.

**Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
 für Politik und Unterhaltung.**

Redaktion und Expedition: J. Kühn, Bant.

Erscheint
 jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
 die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
 bei Wiederholungen Rabatt.

Der Militarismus in der Sackgasse.

Ganz Europa starrt in Waffen, die Großstaaten sind vom Kopf bis zu den Füßen gepanzert, zu Wasser und zu Lande regiert Mars, der Kriegsgott. Die riesigsten Opfer aus dem Säckel des Volkes werden tagtäglich gebracht, um die Schlagfähigkeit, die Ausrüstung, die Beweglichkeit der Truppen zu vervollkommen. Das ganze Land wimmelt von Soldaten, überall Kaserne, überall kriegerische Übungen. Die Bedürfnisse der Heeresverwaltung spielen eine Hauptrolle im Staatshaushalt, die Finanzpolitiker der leitenden Kreise wissen kaum noch neue Quellen zu finden, aus denen sie die Mittel für militärische Zwecke schöpfen können. Kein Jahrhundert hat solch' eine bis ins Kleinste gehende, umfassende Ausbildung des Systems der indirekten Steuern erlebt, kein Jahrhundert solch' ein riesiges Anwachsen der Staatsschulden. Die Schulzollnerer schießt üppig ins Kraut, die Lage der arbeitenden Klasse wird immer trauriger, selbst durch die ökonomische und offizielle Wissenschaft muß der „Schuh der wirtschaftlich Schwachen“ als notwendig bezeichnet werden. Und dabei steigt und steigt die Hochfluth der Ausgaben für die Unterhaltung der Armeen höher und immer höher. Wenn Rußland rüstet, wappnet sich Deutschland, Frankreich und Italien, Oesterreich und England, alle weitteren in diesem Konkurrenzkampfe des Militarismus. Auf diesem Wege giebt es keinen Ruhepunkt, vorwärts heißt die Losung. Stillstand wäre Rückschritt. Die Technik steht im Dienste der Arme, Maschinenbau, Chemie, Physik, der ganze Chorus der technischen Wissenschaft ist im Gefolge der Kriegskunst. Dadurch hat der Militarismus so rasch, so gewaltig sich entwickeln können. Krupp'sche Riesenkanonen, die Dreifache Bändel, das Torpedoboot und das Panzerschiff, auf dem die Dampfmaschine die Herrscherin, die Ventiler, die bewegende und regelnde Kraft ist, wo der Ingenieur und nicht der Schiffskapitän der Vortritt ist, sie sind Schöpfungen der Neuzeit, d. h. der Zeit des Großindustrials. Die moderne Industrie schreitet mit Siebenmellenstiefeln vorwärts, die Maschine, die heute noch vortrefflich ist, wird veraltet, unbrauchbar, altes Eisen durch eine neue Erfindung, die morgen ans Licht tritt; eine fieberhafte Thätigkeit entfaltet sich allen Gebieten der Technik, das Bestehende wird umgewälzt, und durch etwas Anderes, das Gute durch das Bessere ersetzt, die Arbeitsmittel vervollkommen sich von Tag zu Tag, das Genie der Erfinder wirft sich mit Eifer vor Allem auf die Gebiete, auf denen gewinnreiche Geschäfte gemacht werden. Daher aber ist der Militarismus ein guter Klient der Industrie, die unmittelbar oder mittelbar für das Schicksal arbeiten, mögen sie nun Dynamit, feinstörniges Pulver, Kanonenrohre, Schießbaumwolle, Nischlorpebros, Bomben oder Repetiergewehre erzeugen. Da haben wir erst den Vorderlader, dann den Hinterlader, erst das Dreijehgewehr, dann Mauser, mit tödlichen Kugeln wird ein Repetiergewehr eingeführt, um während der Einföhrung bereits ungenügend zu werden. Ein kleinfauligeres Repetiergewehr soll an seine Stelle treten. Die Steuerzahler sollen die vielen Hunderttausende, die sie kaum für Repetiergewehr Nr. 1 bezahlt, umsonst hergeben haben, damit das deutsche Reichsgewehr mit Repetiergewehr Nr. 2 schleunigst versehen werden kann. Wer aber bürgt bei dem jetzigen Stande der Technik dafür, daß nicht bereits in der aller nächsten Zeit am Horizont der Waffenkunst ein Repetiergewehr mit bisher unbekanntem Tugenden, mit noch größerer Treffsicherheit, mit noch kleinerem Kaliber aufsteigt? Unseren nationalliberal-konserverativen Schwärmer für die Herrlichkeit des Militarismus dürfte der Himmel bald voller unbrauchbarer Flinten hängen. Denn so gewiß die Vervollkommnungsfähigkeit der industriellen Technik eine unendlich große ist, so gewiß wird auch die Waffentechnik sich weiter entwickeln und perfektionieren. Um so mehr, da ja die Nachfrage seitens der modernen Staaten eine fortwährend wachsende ist. Das ist eben die verzwickte Lage, in welcher wir uns heute befinden, daß kein Staat bei Strafe der Selbstvernichtung aufhören darf, auf dem Gebiete des Militarismus Konkurrenzunfähig zu werden. Ein Staat muß beständig auf der Lauer liegen, damit ja der andere ihn nicht durch eine Heeresreform, durch Einführung einer neuen Waffe minder kampffähig mache. Die Internationalität der modernen Verhältnisse tritt hier recht deutlich zu Tage; wenn vielleicht am Mississippi ein Techniker irgend eine bedeutende militärische Erfindung macht, kann der biedere Steuerzahler an der Seine wie an der Jyar, an der Donau wie an der Neva sich auf eine neue Steuer gefaßt machen. Das ist die Schraube ohne Ende.

Musste hat im Reichstage bei der Beratung über die Septennatsvorlage offen zugegeben, daß die Großstaaten unter dem fürchterlichen Gewicht der Kriegsrüstung fast erdrückt werden. Deutschland und Frankreich, Rußland und Italien, sie müssen rüsten und rüsten, müssen immer drückendere Lasten auf die Schultern der Völker wälzen. Aber die Last ist bald nicht mehr zu ertragen. Der Militarismus ist in der Sackgasse. Die Kulturentwicklung fordert gebieterisch, daß Wandel geschaffen werde. Nothwendig ist die Umkehr. Es ist an der Zeit, daß die modernen Staaten einlenken auf die Bahn einer gemeinsamen volksthümlichen Friedenspolitik.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag. (Die Berichte über die Mittwoch- und Donnerstag-Sitzung stehen in der Beilage.) In der Freitag-Sitzung wurde die Beratung der **Zollvorlage** fortgesetzt. Es sprachen die Abgg. Leemann (nat-lib.), Singer (Soz.-Dem.), v. Frege (konf.), Barth (deutsch-frei) und der Minister Lucius. Schließlich wurde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Die Abgeordneten v. Bennigsen (nat-lib.), Graf Vehr-Behrendorf (frei konf.) und v. Hellendorf (konf.) haben einen Antrag auf Einführung fünfjähriger Reichstagsperioden eingebracht. Derselbe soll jedoch erst nach Ablauf der diesmaligen eintreten.

Ein Zusammenstoß der kirchlich-konserverativen Elemente. Unter dieser Signatur schreibt der „Berliner Börsen-Kourier“: „Auf Veranlassung des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm fand gestern (Montag) in der Wohnung des Grafen Walbersee eine Versammlung von meist den orthodoxen oder den kirchlich-konserverativen Kreisen angehörigen notablen Persönlichkeiten statt. Es waren u. A. von hiesigen Predigern erschienen: Hof- und Domprediger Kögel, Garnisonprediger Dr. Frommel und Hof- und Domprediger Stöcker, aus hiesigen konstantinischen Kreisen Geheimere Kommerzienrath von Hausmann und Herr Hardt, Chef der Firma Hardt u. Co. Aus rheinischen kaufmännischen Kreisen waren einige als Vertreter der konservativen Richtung bekannte Männer anwesend. Prinz und Prinzessin Wilhelm waren gleichfalls erschienen, und der Prinz legte in einer Rede, die etwa zwanzig Minuten währte, den Zweck eingehend auseinander, der zu der Berufung der Versammlung geführt habe. Es gelte, den fortdauernden sozialistischen, anarchischen und anderen Bestrebungen in festgeschlossener Einheit entgegenzutreten. Die sich hieran anschließende Diskussion währte etwa zwei Stunden, während welcher Zeit der Prinz und die Prinzessin Wilhelm der Versammlung beiwohnten.“

In der deutschen Marineverwaltung haben Unteranschlägen stattgefunden. Die dem Reichstage vorgelegte Uebersicht der Reichseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1886-87 führt unter den außerordentlichen Ausgaben einen Posten von 26 641 Mark auf, der als „nicht einziehbare Defektbeträge“ bezeichnet und folgendermaßen erläutert wird: „Diese Ausgabe ist herbeigeführt 1) durch einen Defekt in der Kasse Sr. Maj. Kreuzerflotte „Bismarck“ während der Indienststellung dieses Schiffes in den Jahren 1878 bis 1880 in Höhe von 10 967 Mark. Für denselben ist der Nachschuß eines nach Entdeckung des Defekts verstorbenen Zahlmeisters für ersatzpflichtig erklärt worden. Da der Gesamtvertheil des Nachschusses, welcher 527 Mk. betragen hat, bereits auf einen anderen von demselben Zahlmeister unterliegenden Betrag von 3000 Mk. in Anrechnung gekommen ist, so ist keinerlei Deduktion für die 10 000 Mark vorhanden. 2) Durch Unterschlagung von Kassengeldern bei der 4. Abtheilung der 2. Matrosen-division in Höhe von 3227 Mk. Dieser Betrag ist der Rest einer von einem Unterzahlmeister unterliegenden Summe von 17 000 Mk. Der Aufenthalt des ersatzpflichtigen Unterzahlmeisters, welcher sich vermutlich außer Landes befindet, hat nicht ermittelt werden können, ebensowenig sind von demselben zurückgelassene Vermögensobjekte zu ermitteln gelungen. 3) Durch Defekte in der Kasse des Kreuzers „Kantius“ in Höhe von 8200 Mk. Zur Deckung des Defekts ist zunächst der Verwaltungsbeamte des Schiffes, ein Unterzahlmeister, für verpflichtet erklärt worden. Derselbe ist außerdem wegen Unterschlagung und Betrages mit Gefängniß bestraft worden und hat sich nach der Entlassung aus dem Gefängniß außer Landes begeben. Da dieser Unterschlagung durch

Ueberschlagung der von dem Unterzahlmeister zu erledigenden Geldgeschäfte durch den hierzu kommandirten Offizier hätte vorgebeugt werden können, so würde in zweiter Linie dieser Offizier ersatzpflichtig gewesen sein. Derselbe war jedoch, ohne eigenes Vermögen hinterlassen zu haben, zur Zeit der Defekteruntersuchung bereits verstorben. Einige Jahre später mußte ein Verwaltungsbeamter des selben Schiffes, ein Zahlmeisterappellant, ebenfalls wegen Unterschlagung zur Degradation und Gefängniß verurtheilt werden. 4) Durch Defekte bei dem Wiso „Voreley“ im Betrage von 4300 Mk. Für dieselben ist der Zahlmeisterappellant für ersatzpflichtig erklärt worden. Derselbe ist jedoch im Auslande von Bord des Schiffes desertirt und verschollen. Auch hat derselbe kein Vermögen zur Deckung der defektirten Beträge hinterlassen.“

Ueber das Befinden des Reichstagsabg. Jasenclever veröffentlichten die Klatschblätter total erfundene, lügenhafte Berichte. Wir weisen dagegen auf folgendes Schreiben, welches die Frau des Erkrankten erhalten hat. Dasselbe lautet: „Geehrte Frau Jasenclever! Sie haben sich durch die Nachrichten des „Berl. Tagebl.“, welche in andere Zeitungen übergingen, ohne Noth beunruhigen lassen. An der ganzen Notiz des genannten Blattes ist kein wahres Wort. Wir haben keine Postzettel, Herr Jasenclever konnte dieselbe also auch nicht zerfüren, er hat Wuthanfalle überhaupt nicht gehabt. Wie wir über seinen Zustand urtheilen, wissen Sie, da ich erst vor wenigen Tagen Ihnen meine Meinung mittheilte. Seitdem hat sich nichts Wesentliches geändert. Es ist unsere Gepflogenheit nicht, über das Befinden der uns anvertrauten Kranken den öffentlichen Blättern Mittheilung zu machen, wie das vielleicht von anderen Anfallen hier und da aus sehr durchsichtigen Gründen geschieht. Dergleichen Indiskretionen beunruhigen die Angehörigen und können den Kranken schaden, denen sie vielleicht in die Hände gelangen. Hier ist Stillschwigen nicht nur ärztliche Pflicht, sondern Sache der Humanität. Ich werde also weiter, wie Sie und die Freunde des Herrn Jasenclever wünschen, Niemand sonst über dessen Zustand Auskunft erteilen. Hochachtungsvoll Dr. M. Jaström, dirigirender Arzt der maison de santé.“ — Die Mittheilungen der edlen Blätter waren also, wie schon so häufig, „aus besser Luft gegriffen.“

Zum Sozialistengesetz wird dem „Samb. Korresp.“ aus Berlin geschrieben: „Die verschiedenartigen unbestimmten Gerüchte, welche über das neue Sozialistengesetz umlaufen, werden, wie wir erfahren, bald einer bestimmten Aufklärung weichen. Das Gesetz dürfte nämlich in Gestalt eines preussischen Antrages dem Bundesrath bereits vorliegen und schon in Beratung genommen sein. Die vorgeschlagene Gültigkeitsdauer soll fünf Jahre betragen, was nicht weiter auffällig ist, da die letzte Verlängerung des bestehenden Sozialistengesetzes ebenfalls auf fünf Jahre beantragt, vom Reichstag aber nur auf 2 Jahr genehmigt worden war. Wichtigere noch als die Frage der Gültigkeitsdauer werden die materiellen Neuerungen sein, welche durchgeführt werden sollen. Denn es handelt sich diesmal nicht sowohl um die Verlängerung des alten Gesetzes, als vielmehr um ein neues, das sich inhaltlich größtentheils mit dem alten deckt, an wichtigen Punkten aber erheblich darüber hinaus geht. Als eine Neuerung von erheblicher Wichtigkeit ist bereits die Verschärfung der Ausweisungsmäßregel dahin bezeichnet worden, daß künftig Verurtheilungen des Ausenhalts nicht bloß für die Bezirke des kleinen Belagerungslandes, sondern unter Umständen auch für das ganze Reichsgebiet eintreten können. Jedoch sind die materiellen Neuerungen hierauf nicht beschränkt.“

Wie in Reichstagskreisen verlautet, soll die betreffende Vorlage bereits seit 8 Tagen im Bundesrathe sein, aber dort „sehr sekr.“ behandelt werden.

Ein neues Arbeiterblatt, die „Schlesischen Nachrichten“, wird demnach in Breslau vorläufig wöchentlich einmal erscheinen. Wir wünschen dem Blatte, das eine durchaus freisinnige, die wahren Interessen des Volkes umfassende Politik vertreten will und ein äußerst reichhaltiges Programm gesetzt hat, gutes Gedeihen.

In Erfurt hat, wie die „Magd. Btg.“ berichtet, der Magistrat angeordnet, daß die städtischen Schulen am Anfang und Ende einer jeden Woche Andachten für den Kronprinzen zu verrichten haben.

München, 30. Nov. Seit Sonntag schon hatte die hiesige Polizei Grund zur Annahme, daß der flüchtige

Bankdirektor der Leipziger Diskontogesellschaft, Dr. Jerusalem sich hier aufhalten müsse. In der That war derselbe schon Samstag Abend hier im Rheinischen Hof angekommen, hatte aber durch weiße Rückfälle, einstellende Kräfte u. s. w. sich unkenntlich gemacht und sich als Dr. Müller eingeschrieben. Ertröhm wurde er von der Polizei beobachtet, was er bemerkt zu haben scheint. Er erschöpfte sich gestern Abend in seinem Zimmer. Er hinterließ einen Baarbetrag von nur 29 Mk., sowie drei Briefe, worunter einen an die Staatsanwaltschaft in Leipzig, der er die Absicht seines Selbstmordes mittheilte.

Frankreich. Präsident Grévy hat am Freitag seinen Rücktritt erklärt.

Paris, 3. Dezember. Gestern Abend fanden lebhafteste Straßenszenen statt, welche oft einen recht gefährlichen Charakter annehmen. Die Zahl der bei den Zusammenstößen zwischen Volk und Soldaten Verwundeten soll über Hundert betragen. Das Militär wurde heftig angegriffen. Die Wunden der Soldaten rühren von Revolvern und Steinwürfen her. Ferry's Wahl zum Präsidenten findet heftigen Widerstand. Der Stadtrat erhob gegen die Wahl Ferry's Protest und forderte von Seinepräfecten die Schließung des unterirdischen Ganges, der Verbindung vom Rathhause nach der Vobaustraße, welche der Präfect zur Vertiefung des Rathhauses und zur Wiederherstellung revolutionärer Versuche des Stadtrathes dem Befehlshaber der Stadgarde übergab. Der Präfect verweigerte dies im Namen der Ordnung.

Paris, 3. Dezember. Bei den ersten Wahlgängen zur Wahl des Präsidenten der Republik erhielten Ferry und Freycinet die meisten Stimmen. Stimmen erhielten außerdem noch Brisson, Sadi Carnot und Sausrier.

Verfailles, 3. Dezember. Sadi Carnot wurde mit 616 Stimmen im vierten Wahlgange zum Präsidenten gewählt.

Gerichtszeitung.

Köln, 27. November. In der Wiederaufnahmesache des Wirths Zietzen aus Eberfeld, welcher durch Urtheil des Schwurgerichts daselbst am 2. Okt. 1884 wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurtheilt und demnach zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden ist, hat der Strafsenat des hiesigen Obergerichts durch Beschluß vom gestrigen Tage die Entscheidung der Strafmassnahme von 14. Oktober, welche die Wiederaufnahme verordnet hatte, auf Vermerbe der Staatsanwaltschaft aufgehoben und die Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu Gunsten des Zietzen wie zu Ungunsten des bei dem Schwurgericht freigesprochenen Mitangeklagten Wilhelm als unbegründet verworfen. Wilhelm ist sofort aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Wie die „Köln. Zig.“ berichtet, erklärt der Strafsenat die Schuld des Zietzen auch nach nunmehrigen Wegfall der Bezichtigung durch Wilhelm für ungewiss, nachgewiesen und nimmt dafür auf eine ganze Reihe schlagender Momente, vor allem auf die Blutspuren und das mit Blut getränkte Holzstückchen an dem Taschentuch des Zietzen Bezug. Nach dem Ergebnis der mikroskopischen Untersuchung der Sachverständigen ist es unbefreitbar, daß mit diesem Messer, welches Zietzen, als er noch in derselben Nacht festgenommen wurde, in

der Tasche hatte, nach der That der hölzernen Stiel des zu derselben gebrauchten Hammers abgehakt worden ist. Das Geständniß, das Wilhelm zuerst im Juni d. J. vor der Polizeibehörde in Berlin auf das fortwährende Drängen seiner von dem Bruder des Zietzen angegangenen Dienstherrschafft abgegeben hat und wonach er die That allein begangen haben will, stellt den Hergang bei der That und insbesondere den Beweggrund des Wilhelm zu derselben in einer ganz unmöglichen Weise dar. Als diese Erzählung seinen Glauben fand, hat Wilhelm eine andere ebenso wenig glaubhafte Darstellung der That gegeben, einige Zeit darauf das Geständniß mit dem Bemerkten, daß er sich durch dasselbe einige Tausend Mark verdienen zu können geglaubt habe, jetzt indeß sich nicht mehr für einen andern opfern wolle, vollständig zurückgenommen und schließlich wieder ein neues Geständniß abgelegt, wonach er von der Ehefrau Zietzen durch Vorwürfe und einen Schlag mit Hand zur That gereizt sein will. Inhabt dieses letzten Geständnisses hat Wilhelm der Frau nur zwei Schläge mit dem Hammer gegeben. Dann müsse sie noch von einem andern geschlagen und auch von einem andern der Hammerstiel abgehakt worden sein; er ahne, daß Zietzen der andere sei. Das Oberlandesgericht erklärt dieses Geständniß des Wilhelm, wonach Wilhelm und Zietzen hinter einander, jeder für sich, ohne vorherige Vereinbarung die Schläge nach der Frau gethan hätten, für durchaus unglaubwürdig und findet durch dasselbe nur den Verdacht gestärkt, daß Wilhelm an der That des Zietzen mitbetheiligt war. Auf Grund dessen das Verfahren gegen Wilhelm wieder aufzunehmen, war nicht angängig, da gesetzlich für die Wiederaufnahme zu Ungunsten eines Angeklagten neue Thatfachen oder Beweismittel nicht ausreichen, sondern ein glaubwürdiges Geständniß des Angeklagten erforderlich ist.

Leipzig, 17. November. (Die Marschälle in Elsaß-Lothringen.) Am Abend des 23. Februar d. J. gegen 7 1/2 Uhr sangen in einem Orte in der Nähe von Saargemünd 6 junge Leute auf der Straße die Marschälle, was zwei eifrigen Lehrern, die in der Nähe waren, auffiel. Durch irgend welche Umstände kam dieser Vorfall zu Kenntniß des Gerichts und es wurde Anklage gegen die Sangesbrüder erhoben. Nun hat allerdings unser Strafgesetzbuch keinen Paragraphen, nach welchem das Singen auf der Straße in früher Abendstunde strafbar wäre, auch läßt sich der erwähnte Sang nicht ohne weiteres unter den dehnbaren Umfangsparagraphen bringen; auch als Veranstaltung eines Antruffs konnte die „That“ nicht angesehen werden. Aber es fand sich da ein Gesetz, welches Ludwig XVIII. am 25. März 1822 für das damalige Frankreich erlassen hatte und welches im § 8 „aufrührerische Ausrufe“ mit Gefängniß und Geldstrafe bedroht. Dieses Gesetz hat nach Ansicht des Landgerichts Saargemünd, welches am 12. August diese Sache verhandelte, in den Reichsständen noch Geltung und wurde auch gegen die Angeklagten angewendet. — Der Staatsanwalt foßt das Urtheil bezüglich dreier Angeklagten an, da das Urtheil ungenügend begründet und nicht festgesetzt ist, daß das Lied wirklich aufrührerisch sei. Auch wurde die Rechtsgiltigkeit des fraglichen alten Gesetzes angezweifelt. — Das Reichsgericht (1. Strafsenat) erachtete das Urtheil nicht für haltbar und hob es am 7. November auf unter Zurückweisung der Sache an das Landgericht Saargemünd.

Geprüft und bewährt.

Von D. Mylius.

(Nachdruck verboten.)

(Forschung.)

Ein bitteres geringschätzendes Lächeln war Alles, was Melanie auf diesen Brief that, nachdem sie ihn zweimal aufmerksam gelesen. Der arme schwache Mensch! Als ob man Schmerzen vergessen, Herzenswunden vernarben machen könnte durch ein armeliches Stück Geld! — O wackerer Onkel Rudolf, Deine Ahnung!

Nur bange und schüchtern suchte sie unter den anderen Briefen einer fremden unbekanntem Hand den ältesten aus und erbrach ihn. Er kam von Alexis Grabow und enthielt eine freundliche herzliche Einladung an Melanie, nach St. Petersburg zu kommen, wo sie im Hause seiner Mutter ein Asyl finden werde, wie diese selbst befähigte. Alexis schrieb, daß er den Tod von Rudolf Hellborn erst acht Monate später bei seiner Rückkehr aus Amerika erfahren, wo er seiner Ausbildung wegen sich einige Jahre aufgehalten habe. „Dieser Tod hat das Versprechen gelöst, welches ich einst dem theuren Verstorbenen gegeben, Sie nicht mit Liebesbriefen zu verfolgen, obgleich ich es zuvor nicht ganz gewissenhaft gehalten habe,“ schrieb er. „Sie wissen, Melanie, daß ich Sie liebte mit der ganzen Innigkeit und Kraft meiner Seele — Sie fühlten es in jenem Augenblick, wo ich zum ersten und letzten Mal Ihre Hand erfaßte. Erklären Sie denn nun auch, daß meine Neigung für Sie die Probe einer dreijährigen Trennung bestanden hat und daß ich Sie lieben werde, auch wenn Sie mich vergessen oder verschmähen. Der theure Tod wird Ihnen mitgetheilt haben, welche Schranken uns einst schieden; aber diese Schranken sind nun gefallen, denn mein Adoptivvater ist todt und meine theure Mutter billigt meine Wahl und segnet unsern Bund, und dieser soll eine Sühne sein, die wir auf dem Erate des geliebten Todten aufrichten.“

Und zu Melanie's großem Erstaunen und tiefster Bewegung hatten die fünf oder sechs späteren Briefe von Alexis denselben Inhalt und Zweck, und bestärkten sie,

ihm Nachricht von sich zu geben und nicht aus Vorurtheil und falscher Scham ein Asyl zu verschmähen, welches ihr aus treuem Herzen und ohne allen Zwang bezüglich ihrer späteren Verfügung über ihre Hand geboten wurde. Jedem derselben lagen freundliche Heilen von Alexis Grabow's Mutter im ähnlichen Sinne bei, einigen sogar namhafte Summen in Wechseln und Banknoten. In jedem ward vorausgesetzt, daß Melanie das düstere Geheimniß kenne, welches ebendieser und Alexis getrennt habe.

Diese Briefe hatten in das stille ruhige Gemüth und Herz des armen Mädchens eine neue aufregende Gährung geworfen, und von einem Glauben von ernst und angenehmen Empfindungen und Hoffnungen, Ideen und Wünschen durchwogt, verbrachte Melanie einen unruhigen Abend und eine schlummerlose Nacht. Auch ohne die Photographie, welche Alexis von seinem eigenen Ich beigelegt hatte, stand sein Bild klar und deutlich vor ihrer Seele, verstärkt von einer idealen Glorie, welche ihre erregte Einbildungskraft um ihn wob, und in ihrer Erinnerung wurden nach und nach tausenderlei kleine Züge nach, die sie einst in ihrer Unbefangenheit wenig beachtet hatte, die aber nun Bedeutung für sie gewonnen und ihr die Gewissheit beibrachten, daß es eine aufrichtige, schüchterne, lange zurückgedrängte, aber gerade dadurch inniger gewordene wahre Neigung gewesen sei, welche Alexis Grabow für sie gefühlt hatte.

Am andern Tage, kurz vor der anberaumten Stunde, kam Herr Demang in den Gasthof, um Melanie auf das Gericht zu begleiten.

„Hier bringe ich Ihnen noch einen Brief, welcher mir heute für Sie zugekommen ist, Fräulein Hellborn; es ist vielleicht zweckmäßig, daß Sie ihn vor der Verhandlung lesen,“ sagte er.

Es war ein Brief von Alexis, worin er ihr schrieb, daß er mit seiner Mutter unterwegs nach Deutschland gewesen, als diese in einer preussischen Grenzstadt so gefährlich erkrankt sei, daß er sie nicht verlassen könne; er werde seine Reise fortsetzen, sobald der Gesundheitszustand seiner Mutter es gestatte. Er wiederholte Melanie, daß er sie noch mit aller Innigkeit und Treue liebe und es

Termiscktes.

* Die Ainos und die Sonnenfinsterniß. Es ist gewiß nicht nur für die Ethnologen von großem Interesse, das Verhalten unserer wilden und halbwildem Völkern beim Eintritt von Sonnenfinsternissen zu beobachten. Eine Mittheilung, welche die Ainos betrifft, jenes merkwürdige Volk, das die Kurilen, Jesso Sachalin bewohnt und für die Ureinwohner der japanischen Inseln angesehen wird, veröffentlicht der als Forscher der Sprache und Sitten der Ainos bekannte Dr. Bacheler. Derselbe beobachtete die Ainos während der diesjährigen vollständigen Sonnenfinsterniß. Der Aino, sagt er, ist ein sehr auf das Praktische angelegter Mensch und läßt sich nicht leicht von der Einbildung fortreißen. Als den Leuten die Verfinsternung durch ein angezeichnetes Glas gezeigt wurde, schrien sie: „Die Sonne vergehe und sterbe!“ Tiefes Schweigen folgte, nur von Zeit zu Zeit hörte man einen Ausruf des Staunens und der Furcht; augencheinlich fürchteten sie, die Sonne würde sterben und nicht wieder auferstehen. Sie holten Wasser und sprengten es aufwärts der Sonne zu, wie sie thun, wenn ein Mensch im Sterben liegt; dabei riefen sie: „O Gott, wir erwecken Dich! O Gott wir erwecken Dich!“ Einige spritzten das Wasser mit dem Munde in die Höhe, Andere mit den Händen, noch Andere benutzten den Besen oder Weidenzweige, welche letzteren für besonders wirksam gehalten wurden. Einige, namentlich Frauen und Mädchen, setzten sich nieder und stecften den Kopf zwischen die Knie, als ob sie schweigen ein schreckliches Unglück erwarteten, das sie befallen sollte. Die Ainos haben keine Theorie über die Ursache der Sonnenfinsterniß, aber ihre Ueberlieferungen sind etwa folgenden Inhalts: „Als mein Vater noch ein Kind war, hörte er seinen alten Großvater sagen, daß dessen Großvater eine vollständige Verfinsternung der Sonne gesehen habe. Die Vögel gingen zur Ruhe und die Hunde begannen zu heulen. Die Erde wurde ganz dunkel und man sah keine Schatten. Die schwarze todt Sonne schoß Jungen von Feuer und Blitz nach den Seiten, und die Sterne erglänzten am Himmel. Dann begann die Sonne zum Leben zurückzufahren, und die Gestirne der Menschen trugen das Ansehen der Todten; und als die Sonne allmählich zum Leben zurückkehrte, begannen die Menschen von Neuem zu leben.“ Man sieht, die Ainos sind nicht unerleucht Beobachter.

* Wie Quecksilber durch die Luft zu wirken vermag, davon erzählt in den jüngsten Tagen der Berliner Pharmatologe, Professor Dr. Cesar Liebreich dem „B. Z.“ zufolge die folgenden merkwürdigen und interessanten Thatfachen. Eine hiesige Familie bezog zum Quartalswechsel eine andere Wohnung, welche selbstverständlich vor dem Einzug von Seiten der Familie einer gründlichen Reinigungskur unterzogen worden war. Nachdem nun die Familie einige Tage in ihrem neuen Heim sich niedergelassen hatte, wurden sämtliche Mitglieder derselben „wie auf Befehl“ krank; Zunge und Zahnfleisch schwellen an und wurden schmerzhaft, Kopfschmerz, leichter Fieberzustand und ungewöhnlicher Speichelfluß traten ein u. s. w. Man ließ eiligst den Hausarzt kommen, welcher über die fonderbare Erkrankung und deren Ursache zunächst in Zweifel war. Man forschte weiter. Es stellte sich schließlich heraus, daß vorher ein Thermometerfabrikant, welcher bekanntlich stark mit Quecksilber arbeitet,

sein innigstes Anliegen sein werde, ihre Liebe zu verdienen und ihr Herz und ihre Hand zu erringen. „Eine ahnungsvolle Hoffnung sagte mir, daß ich Sie noch frei finden werde, und Aug in Auge werden wir uns verstehen lernen. Ich rufe Ihnen aus voller Seele ein „Auf Wiedersehen“ zu, und werde Sie überzeugen, daß auch unser theurer Vater den stillen Wunsch hegte, uns verbunden zu sehen.“

Melanie war im tiefsten Innern bewegt, als sie in das Gerichtszimmer trat, wo sie schon verschiedene Herren und auch die Majorin und deren beide Töchter antraf, welche alle drei förmlich zu erschröckten schienen über Melanie's unerwartetes Erscheinen. — Die unscheinbare hölzernen Kassetten stand auf dem Tische, und nachdem über den unverletzten Befund der Siegel und die erschienenen Personen ein Protokoll aufgenommen worden war, wurden die Siegel gelöst und Herr Demang produzierte den Schlüssel. Man öffnete die Kassetten, und fand darin verschiedene Pakete unter mehreren Adressen und eine eigenhändig geschriebene, von zwei Zeugen beglaubigte Verfügung, welche folgendermaßen lautete:

„Der Wunsch, Denjenigen, welche meinem Herzen nahe standen, noch ein nachträgliches Zeichen meiner Liebe und Fürsorge zu geben, hat mich veranlaßt, den größeren Theil meines derzeitigen Vermögens erst drei Jahre nach meinem Tode an meine Erben kommen zu lassen. Diese sind: Die Kinder meines verstorbenen Bruders, des Majors Ferdinand Hellborn: Melanie, Gisela und Valerie, sowie Alexis Grabow, Adoptivsohn des Maschinenfabrikanten Heinrich Grabow und der Helena Niemann, meiner früheren Gattin. Ich vermachte hiermit meiner Nichte Melanie Hellborn die Summe von zwanzigtausend Thalern nebst den aufgelaufenen Zinsen, welche in guten vollwerthigen Staatspapieren in dem unter ihrer Adresse veriegelten Paket liegen; dem genannten Alexis Grabow dieselbe Summe von zwanzigtausend Thalern nebst den vorhandenen Zinscoupons, in ähnlicher Weise in einem Paket unter Grabow's Adresse veriegelte; meinen Nichten Gisela und Valerie Hellborn je fünf-

Beilage zu Nr. 68 des Nordd. Volksblattes.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 30. November. Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Beyer-Behrendorf (freison.) will auf die Frage der Kornzölle, die gestern Nidert mit einer nicht zulässigen Unterscheidung der großen und kleinen Landwirthe nicht eben ruhig, sondern im Tone der Wählerverjüngungen behandelte, heute nicht eingehen, ebensowenig auf die Frage der mehr oder weniger übersichtlichen Aufstellung des Etats, die v. Bennigsen besser in der Budgetkommission als hier im Plenum hätte erörtern können. Dem Redner genügt es zunächst, zu konstatieren, daß der neue Etat ein erfreulicheres Bild bietet als seine Vorgänger, in Folge der Branntweinsteuer, wobei sich ein weiteres Anwachsen ihres Ertrages in nächster Zeit noch nicht übersehen läßt. Die Zuckersteuer muß, eventuell durch eine andere gesetzliche Regelung, in Zukunft 50—60 Millionen einbringen. Die Post arbeitet eigentlich mit einem Defizit, da sie ihre Ueberschüsse zu neuen extraordinären Ausgaben verwendet, während doch die Eisenbahnen der Post ihren Dienst unentgeltlich leisten. Wir werden daher in der Kommission die von der Postverwaltung verlangten, vom Reichstage schon einmal abgelehnten Grunderwerbungen genau zu prüfen haben, ebenso die beabsichtigte Erhöhung der Gehälter der Postbeamten. Die kleine Erparniß bei der Militärverwaltung ist eigentlich nicht erfreulich, denn sie resultirt aus dem Sinken der landwirtschaftlichen Produkte. Daß die Erparniß in Württemberg und Sachsen nicht so groß ist wie in Preußen, beweist, daß die Lage der Landwirtschaft in Süd- und Mitteldeutschland günstiger ist, als in Norddeutschland. Erparnisse sind um so notwendiger, als wir vor der wichtigen Frage der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter stehen mit einer Anforderung von 50 Millionen an das Reich. Es ist auch an der Zeit, an die Amortisation unserer Reichsschuld zu denken und von der Aufnahme neuer Anleihen abzuheben. Für den Gedanken, die Beamtengehälter der Reichsbeamten im Allgemeinen zu erhöhen, kann sich der Redner zur Zeit nicht begeistern. Sie sind jetzt bei dem Sinken aller Preise nicht schlecht, sondern eher besser gestellt als früher, und dann würden auch die Einzelstaaten diesem Beispiel folgen müssen und es würde wieder eine neue Belastung entstehen. Einzelne Kategorien, hauptsächlich von Subalternbeamten, die zurückgelassen sind hinter den übrigen, verdienen allerdings eine Aufbesserung ihrer Gehälter, und nur diesen sollten die Witwen- und Waisenbeiträge erlassen werden, während die höheren Beamten und Offiziere wenigstens zur Zeit von dieser Wohlthat auszuschließen wären. Erparnisse sind auch geboten, um die Einzelstaaten durch Ueberschüsse seitens des Reiches in den Stand zu setzen, endlich ihre direkten Steuern zu reformieren und ihre Kommunen zu erleichtern. Am wenigsten aber wäre Sparjamkeit angebracht bei der Militärverwaltung, das wäre keine weise Sparjamkeit, sondern Verschwendung. Es wurde gestern von nationalliberaler Seite ein patriotischer Appell an das Haus gerichtet mit der Erklärung, daß nach dieser Richtung hin keinerlei Erparniß für die nächsten Jahre zu erwarten sei, daß man nach wie vor die Militärlasten tragen müsse. Diesen Ausführungen tritt auch der Redner der Reichsversammlung voll und ganz bei; auch sie ist bereit, für die Wahrung Deutschlands den letzten Groschen und den letzten Mann zu bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. v. B e l: Die Kritik Niderts bezog sich gestern nur auf einzelne kleinere Posten des Etats; ich und meine Freunde aber, wir bekämpfen das ganze System, das durch diesen Etat zum Ausdruck kommt. Wesentlich von dem Militärbudget abhängig ist er auch in diesem Jahre wieder bedeutend gewachsen. Von 1883—84 bis jetzt ist der Militäretat von 335 auf 363 Millionen gestiegen, eine Steigerung von über 8 Proz., der Marineetat von 27 auf fast 36 Millionen, also um 35 Proz., der Pensionsfonds seit 1884—85 um 42 Proz. Die Vergütung der Reichsschuld beträgt, während wir vor 12 Jahren überhaupt keine Schulden hatten, jetzt 27 Millionen. Man sagt uns, daß wir unsere Rüstung behalten müssen, um gegen jeden Angriff gewappnet zu sein, daß bei unserer Stellung gegen die verschiedenen Großmächte Europas ein solcher bewaffneter Zustand absolut notwendig sei. Genau so sprach man, als es sich früher in Preußen allein um die Vermehrung der Militärlasten handelte: „an eine Erleichterung der Militärlast sei nicht zu denken, ehe nicht die Einigung Deutschlands herbeigeführt sei.“ Da passierte dann 1866 etwas, was die Eröffnungsbrede des Reichstages einen unrichtigen Ueberfall nennt (große Unruhe), wo Deutsche gegen Deutsche kämpften, wo man sich nicht schente, als man in Böhmen einrückte, durch eine Proklamation das Volk gegen den angekommenen Herrscher aufzuwecken. Lasse man doch diesen historischen Thatsachen gegenüber die Heuchelei, als ob die deutsche Nation die tugendhafteste und vollkommenste auf der Erde sei im Gegensatz zu allen anderen! (Große Unruhe.) Es ist notwendig, derartige von der Tribüne des Deutschen Reichstages aus anzusprechen.

Präsident v. Wedell: Nach dem Zusammenhang

der Worte des Redners kann ich nur annehmen, daß sich seine Kritik direkt gegen die Thronrede richtet. Er hat gesagt, er wolle eine Heuchelei vorbeugen. Eine solche Verbindung der Worte darf ich nicht zulassen; ich rufe deshalb den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. v. B e l fortsetzend: Dann kam die erste Einigung Deutschlands im Norddeutschen Bund, ohne daß die Militärlast vermindert wurde, da wir gegen Frankreich gerüstet sein mußten. Alsdann nach dem siegreichen Krieg mit Frankreich blieb trotzdem Alles beim Alten; man wies auf den Gegner an der Ostgrenze hin. Unsere Rüstung wurde sogar verhärtet. Beim ersten Septennat 1874 betrug die Heeresstärke 401 000 Mann, 1881: 428 000 Mann, 1887: 467 000. Ebenso traten Verärgerungen durch das Landsturmgesetz von 1875 und das Gesetz über die Ausbildung der Ersatzreserve erster Klasse von 1881 ein. Jetzt soll abermals ein Gesetz über die Organisation der Landwehr und des Landsturms im Sinne einer weiteren Verstärkung beschloffen werden, und das in einem Augenblick, wo man versichert, mit den Nachbarstaaten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, wo Bündnisse mit anderen Nationen hergestellt werden könnten, die für den Kriegsfall ihre eigene Macht Deutschland zur Verfügung stellen. Was hat uns in diese Situation gebracht, daß wir immer gerüstet sein müssen? Das war die Annerzion von Elsaß-Lothringen, die in Frankreich nicht vergessen wird und die Revandegelisse hervorgerufen hat. Als ich 1871 auf die künftige Situation hinwies und wir wegen der notwendigen befallenen Folgen die Annerzion von Elsaß-Lothringen für einen politischen Fehler hielten, da hat man uns verläßt. Jetzt sehen Sie, daß die Elsaß-Lothringische Frage allein die europäischen Fragen beherrscht. (Sachen rechts.) Sie lassen darüber, es wäre mir lieber, wenn Sie es widerlegten. Wie soll nun dieser Zustand enden? Es wird uns versichert, der Friede sei nicht gefährdet, wenn wir immer stärker gerüstet seien. Ich behaupte das Gegenteil: je mehr die Nationen gerüstet sind, um so gefährdeter ist der Friede. Ich habe dafür auch die Autorität des Grafen Moltke, der am 4. Dezember 1886 bei der Beratung der Militärvorlage den Ausdruck that: „Ganz Europa staart in Waffen; und finden die Nationen überall gerüstet. Dies drängt mit Naturnothwendigkeit auf baldige Entscheidungen.“ Je stärker die Rüstungen, desto notwendiger ist das Zusammentreffen mit dem Gegner, weil die Völker die ungeheueren Lasten auf die Dauer nicht tragen können. Es werden die Dinge gehen, bis es zum Äußersten kommt, und der Krieg, der dann entsteht, wird von einer Furchtbareit sein, wie ihn die Menschheit noch nie erlebt. Die zur Massenmordung bestimmten Mordwerkzeuge werden immer mehr verbessert, die Waffentendenz schreitet dermaßen fort, daß Waffen, schon ehe sie in Gebrauch genommen werden, für unbrauchbar erklärt werden. Dazu kommt die ungeheure Verstärkung der Artillerie und der Beschießungseinrichtungen. Bei dem Mitstehen, welches alle Mächte Europas gegeneinander befehlen hat, und bei der ungeheuren Wachsamkeit aller Mächte werden Ueberumpelungen wie bisher nicht stattfinden können, und deshalb wird der Krieg von einer Dauer sein, wie keiner seiner Vorgänger. Am Tage der Kriegserklärung werden Tausende von Existenzen bankrott sein, eine ökonomische Folge unserer Zeit. Die ungeheuren Steuerlasten aber werden nur von den großen Massen getragen; diese haben nicht bloß Hutsteuer, sondern auch Gullsteuer zu tragen, denn die Lasten werden wesentlich auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht. Eine Reform der direkten Steuern in Preußen wird noch lange nicht zu Wege kommen, da die besitzenden Klassen sich scheuen, die Lasten zu übernehmen, d. h. die indirekten Steuern in direkte zu verwandeln. Fürst Bischoff hat sich selbst als Gegner der direkten Steuern bekannt, die höchstens eine „Anstandssteuer“ ohne namhafte Erträge sein dürfte. Wir in Sachsen haben das relativ beste Besteuerungssystem: die direkte progressive Einkommensteuer ergibt 17 Millionen, dagegen die Grundsteuer nur 3 Millionen, die übrigen Einnahmequellen kaum 1 Million. Preußen könne nach dem richtigen System statt 143 Millionen 192 Millionen Ertrag direkter Steuern haben und damit sein Defizit als der Welt schaffen. Davor scheut man sich aber; man will Schutz der Großen, Belastung der Kleinen, das heißt: eine große Versicherungsgesellschaft der Reichen auf Kosten der Armen. Die Branntweinsteuer ist eine neue Belastung der arbeitenden Massen. Ich rede nicht von den Nettobeträgen, sondern nach den Brutobeträgen derselben, welche das Volk aufbringen muß. Brutto ist die Waischottsteuer und die Materialsteuer abzüglich der Ausfuhrvergütung mit 30 930 000 Mk., die Verbrauchsabgabe mit 127 Mill. veranschlagt, so daß in Wahrheit 157 Mill. Branntweinsteuer in den Etat eingestellt sind, die vorzugsweise die arbeitenden Klassen befallen, die besitzenden Klassen aber nur mit einer ganz geringen Summe durch den Verbrauch seiner Biqueure. In der neuen Getreidezoll-Vorlage wird zugegeben, daß die Verdoppelung des Zolles hauptsächlich auf den Preis des Brotes brüden werde. Man kann nicht begreifen, wie eine Regierung, die seit Jahren versichert, auf das Wohl der Arbeiter bedacht zu sein, eine solche Vorlage einbringen kann. Herr von Münnigerode hat im Jahre 1879 berechnet, daß ein Zentner Korn 63 Pfund Mehl

und daß 63 Pfund Mehl 90 Pfund Brot geben. Nun beträgt die Ration der Gefangenen und Soldaten täglich 1 1/2 Pfund Brot, pro Jahr also 5 1/4 Zentner. Wenn die jetzige Zollerhöhung auf den Brotpreis einwirkt, so macht das für den Arbeiter jährlich 7 1/2 Mk. aus und bei einer Familie von 4 Kopf circa 30 Mk. bei einem Einkommen, das 500, 600, in den meisten Fällen nicht über 700 Mk. beträgt. Ein solcher Schritt will also wohl überlegt sein. Wenn durch die Zollerhöhung der Preis gehoben werden soll, so haben 75 Proz. der deutschen Ackerbauer davon keinen Nutzen, ein großer Theil nur einen ganz mäßigen, und 1 1/2 Proz., nämlich diejenigen, welche Hunderte und Tausende von Hektaren besitzen, haben den Bönenanteil. Und das sind in erster Linie die Mitglieder der fürstlichen Häuser, die Aristokratie, die Bourgeoisie, die Rothschilds, Weidöcker und, wie wir gestern hörten, die Schottländer und Cohn. Die gestern vom Abg. Nidert erwähnten Namen verschaffen mir einen interessanten Einblick in die materielle Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes. Die Herren versichern, die Landwirtschaft sei in einer Nothlage; man mag nun über die Juden denken, wie man will, gute Geschäftslente sind sie, und wenn reiche Juden Rittergüter kaufen, so müssen sie eine Rente davon haben. (Seitens. Widerpruch rechts.) Ja, glauben Sie, man legt sein Geld an, um es zu verlieren? Die Alters- und Invalidenversicherung ist für die arbeitenden Klassen auch nur ein Bettelalmosen, denn der Arbeiter bekommt nicht mehr, als er im Falle seiner völligen Arbeitslosigkeit von der Gemeinde erhält, manchmal sogar noch weniger, und die Opfer dafür trägt er allein. Denn das Drittel, welches das Reich zuzuschießt, bezahlt der Arbeiter zehmal in den indirekten Steuern. Sie geben also aus der linken Reichstasche dem Arbeiter, was dieser zehnmal in die rechte Reichstasche gezahlt hat. Ein Drittel zahlt allerdings der Unternehmer, aber der Arbeiter muß erst für diesen arbeiten, damit derselbe es zahlen kann. (Sachen rechts.) In dieser Gestalt erscheint die ganze Sozialreform dem Arbeiter. Selbst über das Unfallversicherungs-gesetz, das relativ beste Reformgesetz, herrscht in weitesten Kreisen sehr große Unzufriedenheit; denn der Unternehmer kann den Arbeiter überall zwacken und ihm wieder nehmen, was er für das Opfer muß. So wollen die rheinisch-westfälischen Großindustriellen die freien Hilfskassen zu Grunde richten, um die gesammte Organisation in die Hände der Unternehmer zu bringen. Die Sozialreform ist ein wesentliches Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter. Damit Hand in Hand gehen die Maßregeln auf dem Gebiete des Fachvereinswesens, der Streikverbot, der für den Arbeiter jede Lohnerhöhung unmöglich macht. Und gerade jetzt, wo Sie die Krönung der Sozialreform vornehmen wollen, kommen Sie mit der Verlängerung und Verjährung des Sozialistengesetzes. Vor sieben Jahren sagte die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“, mit der Krönung der Sozialreform durch die Alters- und Invalidenversicherung werde die Zeit zur Aufhebung des Sozialistengesetzes gekommen sein. Wir erleben gerade das Gegenteil. Wenn jetzt religiöse Konventikel der allerhöchsten Herrschaften zusammentreten, um gegen die Sozialisten zu kämpfen, so werden alle solche Maßregeln doch nichts nützen. Sie arbeiten in einer Weise auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hin, daß uns [eigentlich] nichts mehr zu thun übrig bleibt. Wir werden diese Maßregel genügend auszubeten wissen. Die Herren denken immer: apres nous le déluge, bei den jetzigen Verhältnissen mühte es aber heißen: avant nous le déluge. Wir werden unsere Stellung dadurch bezeichnen, daß wir gegen den Etat stimmen.

Abg. Winthorst: Niemand wird leugnen können, daß der Etat sorgfältig ausgearbeitet ist. Der Gedanke, den Herr von Bennigsen gestern in Bezug auf die Vereinfachung des Etats ausgesprochen hat, legt mir einen zweiten Gedanken nahe. Wenn man für die Zukunft Pläne hat, so ist der erste Plan kein anderer, als die Wiederaufnahme der in der nationalliberalen Partei nie gestorbenen Idee, fort und fort an einem Einheitsstaat zu arbeiten. Deshalb sind ihnen die Ueberwiegungen unbedeutend. Es freut mich, daß ich Gelegenheit habe, auf den föderativen Charakter des Bundesstaates hinzuweisen zu können, denn es scheint hier selbst bei den Freunden desselben vergessen zu sein. Das Maß der Einwirkung des Reiches auf die Finanzwirtschaft des Reiches ist ein minimales. Ich bin ganz damit einverstanden, daß endlich einmal mit der indirekten Besteuerung aufgehört werde. Der ganze Streit um das Septennat war auch weiter nichts als ein Streit um das Finanzrecht des Reichstages. Alle europäischen Staaten senken unter der Last der Militäretats, das wird kein Mensch leugnen. Inwiefern weiß man kein Mittel, wie man die Gründe, aus welchen die Militärlast herrührt, beseitigen kann. Die bedrohliche Lage Europas macht für uns eine starke Armee zur Nothwendigkeit. Wie stark sie sein muß, das wage ich freilich nicht zu beurtheilen. Nun gehört aber zur Kriegtüchtigkeit vor Allem Geld und abermals Geld, und das muß bei der Etatberathung herberücksichtigt werden. Wir wollen unsere Selbstständigkeit wahren gegen jeden Angriff, das unterliegt bei mir keinem Zweifel, und ich bin nur erpauet, daß die Redner von gestern und heute bemerkt haben, diese Bereitwilligkeit besonders hervorzuheben. Bei mir ist es ganz selbstverständlich, daß wir eintreten für die Krone und für das

Reich. (Bravo!) Damit ist aber nicht gesagt, daß wir ohne weiteres die neuen Forderungen bewilligen. Wir haben bereits große Summen bewilligt, ohne genau zu wissen, wofür, und da haben wir gemeint, nun wäre es aus, nun ließe man uns mit neuen Forderungen in Ruhe. Wenn jetzt zwei Millionen für ein Garde-Regiment verlangt werden, so lehnen wir die ab, denn es liegt hierfür keine Nothwendigkeit vor. Derartige Positionen sind mehr im Etat und haben auf mich keinen günstigen Eindruck gemacht. Was im Augenblick nicht absolut nothwendig ist, das schiebe man einstweilen hinaus. Ich wünsche dringend, daß die neuen Militärforderungen und ebenso die Forderungen für die Marine gründlich geprüft werden; denn die fortwährende Wiederholung derselben ist im höchsten Grade geeignet, allenthalben Mißthimmung im Lande hervorzurufen (sehr richtig!). Es thut dringend noth, daß wir endlich Sparsamkeit, die wir nicht genug geübt haben, eintreten lassen. Unser Finanzzustand ist in meinen Augen durchaus kein erfreulicher. Der günstigere Abschluß des Etats bedeutet an sich nicht eine Besserung der Finanzen. Wie werden deshalb jeden Groschen freiden, der irgendwie gestrichen werden kann. Ich fordere die Budgetkommission zur genauesten Prüfung auf und werde immer meine Mahnung wiederholen. Sparen wir, sonst werden wir bankrott. (Beifall links und im Centrum.)

Da Niemand sich weiter zum Worte meldet, wird die Diskussion geschlossen. Gemäß dem Antrage Behr und Genossen werden einige Theile des Etats der Budgetkommission zur Vorbereitung überwiesen. Die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntlichnahme für erledigt erklärt.

Darauf wird ohne Besprechung in erster und zweiter Beratung der Vorschlag, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1887/88 angenommen.

Die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1886/87 sowie die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Etatsjahr 1885/86 bezüglich desjenigen Theils, der sich auf die Reichsverwaltung bezieht, werden der Rechnungskommission überwiesen.

5. Sitzung vom 1. Dezember. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Zolltarifs-Vorlage.

Minister Lucius: Der Vorlage sind so ausführliche und erschöpfende Motive beigegeben, daß es nur noch meine Aufgabe ist, Einzelnes daraus besonders hervorzuheben. Zur Wiedereinführung der Getreidezölle 1879 hat nur die Rücksicht auf die Verhältnisse der Landwirtschaft Anlaß gegeben. Die seit 30 Jahren eingetretene Besserung in den Verkehrsverhältnissen hat ja für die Landwirtschaft mannsichere Vortheile im Gefolge gehabt, andererseits aber auch große Nachteile durch die Konkurrenz der auswärtigen Getreideproduktionsländer, welche unter billigeren Bedingungen zu produziren in der Lage sind. Die Einführung der Zölle 1879 ist durchaus nicht ohne Nutzen für die Landwirtschaft gewesen, sie hat die Inlandspreise gegenüber den Auslandspreisen für Getreide erhöht und sie hat außerdem auch dem Reiche erhöhte Einnahmen zugeführt, welche sonst auf andere Weise hätten beschafft werden müssen. Was die Erhöhung der Getreidepreise durch die Zölle anlangt, so hat zwar die 1 Mark Zoll von 1879 eine Einwirkung auf den Preis nicht gehabt, aber dem 3 Mark-Zoll von 1885 ist eine gewisse Einwirkung auf den Preis nicht abzuspüren. Der Minister führt jedoch aus, wie gegenwärtig der Weizenpreis bei etwa 161 Mk. den niedrigsten Stand einnehme, der seit 1862 dagewesen. Lehnlich liege die Sache bei Roggen. Thatsache sei dabei allerdings, daß die Getreidepreise bei uns etwas höher seien, als die Londoner Marktpreise, der Unterschied sei aber zu gering, als daß er den Konsumenten fühlbar geworden wäre. Auch entspricht diese Differenz zwischen Auslands- und Inlandspreisen nicht entfernt der Höhe der Zölle, erreiche vielmehr etwa nur ein Viertel dieser Höhe. Auch sei die Spekulation in Getreide durch die Zölle eingeschränkt worden. Ferner sei auch im Detailverkehr eine Steigerung der Preise nicht eingetreten, vielmehr seien die heutigen Detailpreise gegen vor 10 Jahren noch um 5-10 Proz. niedriger. Daraus gehe hervor, daß durch die bisherigen Zölle ein Schutz der Landwirtschaft nicht erreicht sei. Den gewöhnlichen Preisen gegenüber ständen erhöhte Lasten der Landwirtschaft. Von der ungünstigen Lage der Landwirtschaft zeuge der Rückgang des Domänenetrages, der Rückgang der Güter-Kaufpreise, der Rückgang der Einkommen-Einkaufsziffern in den vorwiegend landwirtschaftlichen Provinzen, und endlich die Zunahme der Verschuldung. Schon seit 3 Jahren ergeben sich bei den Domänen-Verpachtungen Mindererträge, so in 1886 (bis 1885 ist die Statistik bereits bekannt) wieder ein Minderertrag von 77 000 Mk. bei Verpachtung von 63 Domänen, und in 1887 ein Minderertrag 45 000 Mk. bei Verpachtung von 43 Domänen. Für den Rückgang der Güterpreise giebt der Minister eine Reihe Beispiele, namentlich aus der Provinz Polen, ebenso betreffs des Rückganges der Pachtpreise. Ueber die Verschuldung des Grundbesitzes hätte im letzten Jahre eine Aufnahme stattgefunden für die ganze Monarchie. Diefelbe beweise eine starke Zunahme der Verschuldung. Die Zahlen für 1886-87 lauten auf 624 Mill. Mk. neu eingetragene und auf nur 490 Mill. Mk. gelöschte Hypothekenschulden, also eine Zunahme der Verschuldung in diesem einen Jahre

um 134 Millionen. (Hört, hört! rechts.) Auch die Substitutionsziffer der ländlichen Grundstücke sei in 1886 wieder gestiegen. Alles das seien brachtwürdige Momente, die eine Untersuchung überflüssig machen. Er sei durchaus kein Feind von Untersuchungen und habe schon viele vorgenommen und sei zu weiteren bereit. Aber die Untersuchungen müßten eine Grenze haben, schon wegen der schweren dadurch bedingten Ueberlastung der Beamten. Hier liege der Nothstand offen zu Tage und die Hilfe müsse rasch kommen. Die von der Regierung vorgeschlagenen Vorschläge seien, wie er glaube, richtig gewählt; er bitte, nicht daran zu rütteln. Die vom preussischen Landwirtschaftsrath beschlossene Resolution, wonach die Regierung ermächtigt werden solle, nach eigenem Ermessen die Zölle wieder zu erniedrigen, wenn etwa eine zu hohe Steigerung des Getreidepreises eintrete, lehne die Regierung ab. Stiegen die Getreidepreise wirklich einmal allzu sehr, so könne man ja immer noch schlenkigt den Reichstag einberufen. Gelingen es, der Landwirtschaft, dem wichtigsten Stande im Lande, dem Kern unserer Wehr- und Nährkraft, zu helfen, so sei das eine patriotische That.

Abg. Reichensperger (Centrum), gegen die Vorlage, legt zunächst gegen jedertei Verdaß! Verwahrung ein, als ob es ihm an Wohlwollen für die Landwirtschaft fehle. Sein Hauptbedenken gegen die Vorlage gipfeln darin, daß innerhalb der Landwirtschaft selber eine sehr große Verschiedenheit der Interessen bestehe. Was dem Einen nütze, schade dem Andern. Namentlich bestehe ein Interessens-Gegenatz zwischen dem Nordosten und Südwesten. Die Zölle, mit denen der Südwesten einverstanden sei, seien dem Nordosten noch zu niedrig. Und da könne man es dem übrigen Theil des Volkes, dem nicht-grundbesitzenden, doch nicht verübeln, wenn er sich überhaupt gegen eine so einseitige Verfolgung von Interessen wehre. Daß den Beschläffen des Landwirtschaftsraths solches Gewicht beizulegen sei, wie der Minister es thue, sei unbegründet. Habe doch der Herr Minister selber anerkannt, daß unsere Schweinezucht erheblich gestiegen sei, und habe doch der Landwirtschaftsrath trotzdem auch eine Erhöhung des Schweinezolles gefordert. Noch 1878 habe der Reichstag selber nur einen Kornzoll von 5 Prozent des Wertes verlangt, jetzt hätten wir bereits 25 Prozent! Die Regierung mache sich die Begründung der Vorlage sehr leicht. Der Herr Minister habe auf den Rückgang der Domänenpächte verwiesen, ja aber daran sei doch kein Zweifel, daß die Produktionskosten — die angelich durch den Ertrag nicht gedeckt sein sollen — durch den Ertrag mehr als gedeckt sein müssen, denn man bezahle doch nach wie vor noch immer sehr bedeutende Summen für die bloße Erlaubniß, die Landwirtschaft auf der Domäne zu betreiben. Wenn früher die Gutsverpachtungen unsinnig in die Höhe getrieben worden seien, so sei es doch gar nicht zu verwundern, wenn irgend mal ein immerhin noch mäßiger Rückgang in der Pachtsumme eintrete. Die Landwirthe hätten früher hohe Preise gehabt. Dafür müßten sie sich jetzt auch in niedrige schiden und dagegen mit Selbsthilfe, durch Rückkehr zur alten Sparsamkeit, vorgehen. Das sei kein Hohn, denn die Begründung der Regierungsvorlage selber verweise die Landwirthe ja ebenfalls auf die Selbsthilfe. Wie man auch über die Frage, wem die Getreidezölle zu gute kommen — ob nur dem größeren Grundbesitzer oder auch dem Bauern? — denke, das Eine sei doch unbestreitbare Thatsache, daß die Brotvertheuerung demjenigen zu gute komme, der mehr produziere, als er konsumire! Uebrigens sei von kompetenten Sachverständigen in Halle berechnet worden, daß in der That in Norddeutschland nur 1/3 der Landwirthe von den Kornzöllen Vortheil hätten, weil sie mehr produzierten, als konsumierten, ein ferneres Fünftel sei bei der Sache untheilhaftig, die übrigen 2/3 hätten dabei Schaden. Bringte die Zollerhöhung also der Mehrzahl unserer Landwirthe keinen Nutzen, so schädige sie andererseits unsere nicht minder nothleidenden Industriellen, indem sie andere Staaten zu Retorsionen veranlasse. Wolle der Reichstag durchaus eine Zollerhöhung beschließen, so möge er dieselbe daher wenigstens nach Möglichkeit beschränken.

Abg. v. Hellborn (son.) versichert, daß seine ganze Partei in Bezug auf die vorliegende Frage einig sei, nicht bloß die Großgrundbesitzer in der Partei. Die Beseitigung des landwirtschaftlichen Nothstandes sei eine Lebensfrage für die Nation. Dem Heruntergehen der Preise in Folge der Konkurrenz vom Auslande her sei durch die bisherigen Zölle noch nicht genügend entgegen gewirkt worden. Unangenehm genug sei es, daß diese Zollerhöhungen von gegnerischer Seite so agitatorisch verwertet würden, ebenso wie neulich die Branntweinsteuer. Die Gegner verschwiegen aber dem Volke, daß die Zollerhöhung absolut nothwendig sei. Auch der kleine Handwerker habe unter der Noth der Landwirtschaft zu leiden. Man werfe dem Agrarier vor, er vertrete Sonderinteressen des Großgrundbesitzes. Das sei falsch. Der Großgrundbesitzer erfülle nur gerade seinen Beruf, wenn er die Interessen der Allgemeinheit des Grundbesitzes wahrnehme. Es sei nur ein alter demokratischer Kniff, wenn man Zwiespalt zu säen suche zwischen Bauer und Großgrundbesitzer. Wenn Reichensperger sage, Vortheile von der Brotvertheuerung hätten nur die, welche mehr produzierten als konsumierten, so erwidere er einfach, auch diejenigen, welche produzierten, müßten doch wenigstens etwas Geld in der Hand haben zur Bekleidung anderweiter Lebensbedürfnisse und der Steuern, und seien daher an höheren Getreidepreisen interessiert. Und habe nicht die Industrie ihren Hauptkonsumenten in der Landwirtschaft? So seien die Interessen Aller in der ganzen

Nation identisch mit denen der Landwirtschaft. Die Brotpreise hätten Bedeutung überhaupt nur in den Städten, und dort habe man die Erfahrung gemacht, daß die Brotpreise durchaus nicht mit den Getreidepreisen sinken.

Abg. Geibel (nat. lib.) erklärt Namens des größeren Theils seiner Freunde, daß sie nicht nur gegen die Regierungsvorlage, sondern auch gegen jede Erhöhung des Kornzolles stimmen würden. Er nehme an, daß die Freunde der Vorlage nicht aus eigenem persönlichen Interesse dafür stimmten, sondern daß sie wirklich überzeugt sind, daß die höheren Getreidepreise, welche sie wünschten, der Allgemeinheit zu Gute kommen würden. Aber wenn dieselben Herren sagen, daß die 1885er Getreideerhöhung der Landwirtschaft noch keinen Nutzen gebracht, die Getreidepreise noch nicht erhöht haben, so sei die ihnen dadurch bereite Enttäuschung ja nur natürlich. Jedenfalls seien die niedrigen Getreidepreise noch kein Grund für eine Zollerhöhung. Redner sucht darzulegen, daß der größte Theil der Landwirthe nicht oder doch nur wenig mehr baue, als er konsumierte. Das Geld, das der kleine Landwirth für Räder, Hosen &c. und Steuern brauche, das bringe er auf zumest durch Verkauf von Hafer, der für den kleinen Landwirth die Hauptsache sei, aber nicht durch Verkauf von Roggen und Weizen. Roggen und Weizen baute der kleine Landwirth meist nur oder kaum in einem Umfange, wie er für seinen eigenen Konsum gerade hinreichte. Die Vertheuerung der Brotschmelze komme also nicht den kleinen, sondern nur den größeren Grundbesitzern zu Gute. Warnen müsse er vor der Brotvertheuerung namentlich auch wegen der Wirkung, welche sie auf die Arbeiter ausüben müsse. Eine Brotvertheuerung an sich würde die Arbeiter sich, wenn auch ungerne, gefallen lassen, ohne zu murren. Aber wenn die Arbeiter wissen, daß die Brotvertheuerung Folge einer Erhöhung der Kornzölle ist, so müsse das einen Eindruck auf die Arbeiter machen, welcher in bedenklicher Weise die Wirkung der gegenwärtigen Sozialreform abschwächen würde. Und deshalb bitte er das Haus, die Vorlage abzulehnen.

Abg. Gehler (sonjerr.) für die Vorlage, schildert zur Charakteristik der weit günstigeren Bedingungen, unter welchen die ausländische Konkurrenz arbeite, wie der ägyptische Fellaß sich mit Erdwollungen begnüge, gegen welche der Schweinefall eines ausländigen deutschen Gutes sich wie eine respektable Villa ausnehme. Nicht die Arbeiter würden die Zölle zu tragen haben, sondern die Produktion. Angefichts der Gefahren, welchen Deutschland ausgesetzt sei, sei es nötig, daß Deutschland alle erforderlichen landwirtschaftlichen Produkte selber produziere. Eine Sünde der vergangenen Gelehrgebung lie es, daß dieselbe nicht die Volkswirthschaft mehr berücksichtigte habe. Die Industrie würde durch die Kornzölle nicht geschädigt, müßte sich vielmehr mit der Landwirtschaft verbinden, um gemeinsam gegen das reine, vaterlandlose Geldkapital zu kämpfen. Die deutschfreisinnigen lebten noch am Freihandel fest, er selber dagegen habe die Hörsen des Freihandels bereits ausgezogen. (Lachen.) Die Deutschfreisinnigen gingen von der Ansicht aus, daß die Menschen vernünftig sind. Dem sei aber nicht so, wie schon die Existenz des Staates mit Polizei &c. beweise. Wir lebten „in einer Welt, die nicht vernünftig ist.“ (Heiterkeit.) Wir brauchten die Zölle u. A. auch, um Waffen gegen das Ausland zu haben. Wenn wir uns nicht durch Zölle wehren, laße uns der förmopolitische russische Vebesbruder aus, wehren wir uns durch Zölle, dann könne er uns nicht mehr auslachen. Namens seiner Partei erkläre er, daß dieselbe in ihrer überwiegenden Mehrheit, ja fast einstimmig, im Prinzip der Vorlage zustimme. Die Mehrheit derselben aber wünsche andere Ziffern, als die in der Vorlage enthaltenen. Und Namens seiner Partei beantrage er Verweigerung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Lorenzen (dfr.) gegen die Vorlage, betont, wie die Last des Preisrückganges nicht nur auf den Erzeugnissen der Landwirtschaft, sondern auch auf den industriellen Erzeugnissen laße. Die Landwirtschaft habe gar keinen Anlaß, so ganz besondere Klagen zu erheben. Ein tüchtiger Landwirth sei auch heutzutage noch in der Lage, zurechtzukommen. Schuld sei ja der Landwirtschaft obnehin schon genug gewährt, noch in letzter Zeit durch das Kunstbuttergesetz. Die gegenwärtige Vorlage sei ein gefährlich Ding, namentlich gegenüber der Sozialdemokratie, da hier zum ersten Male deutlich und nackt die Tendenz der Brotvertheuerung zutage trete. Brennerei, Mälerei und andere Betriebe würden durch die Getreidezölle stark prägravirt werden. Auch eine Vertheuerung gegen die Landwirtschaft werde der höhere Kornzoll zur Folge haben. Und was für ihn die Hauptsache sei: Wenn auch Fürst Bismarck bisher diese Klippe umgangen habe, so besürchte er doch, daß diese Vorlage einen zollpolitischen Krieg zur Folge haben werde. Und deshalb bitte er das Haus, die Vorlage abzulehnen.

Das Haus vertagt sich hierauf. Nächste Sitzung Freitag. — Zu den Getreidezöllen. Aus Konstanz läßt sich ein nationalliberales Blatt schreiben: „An den Thoren von Konstanz blüht gegenwärtig ein merkwürdiger Geschäftszweig. Die Schweizer Väder haben unmittelbar neben den Zollstationen Brotneidelagen errichtet, woselbst halbwüchsiges Brot schon von 9 Pf. das Pund selbhalten wird. Die Konstanzer Bevölkerung holt sich schauerndes dort das Brot in vollster Quantität ab und zahlt mit Vergnügen das Ofrai, denn es kommt dabei noch immer um etwa 10 Pf. per vierpfündigen Laib Brot billiger fort, als wenn es denselben in der Stadt selbst kaufen würde.“